Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 233 vom 03.12.2018 Seite 008 / Wirtschaft & Politik

Im Zeitalter der Kohle

Wenn alle weltweit in Bau oder in Planung befindlichen Kohlekraftwerke tatsächlich in Betrieb gehen, sind die Ziele des Pariser Klimaabkommens nicht mehr zu erreichen.

Silke Kersting, Klaus Stratmann Berlin

Dass es auch einem Industrieland wie Deutschland gelingt, aus der Kohleverstromung auszusteigen, diese Botschaft wollte Svenja Schulze pünktlich zur jetzt begonnenen Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz mitbringen. Gerne hätte die Bundesumweltministerin der Staatengemeinschaft ein überzeugendes Konzept für einen raschen Kohleausstieg präsentiert. Daraus wird nun nichts. Das von vielen Umweltschützern und Wissenschaftlern ersehnte Signal aus Deutschland bleibt aus. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission wird nach einer Intervention der Kanzlerin nicht Anfang Dezember, sondern erst im Februar ihren Endbericht vorlegen.

Unmittelbar vor dem Weltklimagipfel haben in Berlin und Köln Tausende Menschen gegen die Kohleverstromung und für mehr Klimaschutz demonstriert. Die Veranstalter sprachen von insgesamt 36 000 Teilnehmern, die unter dem Motto "Kohle stoppen - Klimaschutz jetzt" auf die Straße gingen. Die Polizei nannte erheblich niedrigere Zahlen.

Wie Deutschland tun sich auch andere Länder schwer, von der klimaschädlichen Kohle zu lassen. Doch während in Deutschland zumindest über einen Kohleausstieg debattiert wird und keine neuen Kraftwerke gebaut werden, steigt weltweit die Zahl der Kraftwerke, in denen Kohle verfeuert wird, an.

Neue Daten zeigten, dass die Kohlenutzung im vergangenen Jahr global wieder gestiegen sei, sagte Ottmar Edenhofer, Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), jetzt auf einer Veranstaltung der Berliner Denkfabrik. "Da wäre es ein wichtiges Zeichen gewesen, dass Deutschland einen konkreten Fahrplan für den Kohleausstieg vorzeigen kann", sagte der Ökonom, der auch designierter Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ist: "Wir sollten nicht vergessen: es geht nicht um den Schutz der Kohlekraftwerke, sondern um den Schutz und die Würde der Menschen."

Für das Weltklima besonders problematisch sind vor allem die schnell wachsenden Schwellenländer Türkei, Indonesien, Vietnam und Bangladesch, die versuchen, den Energiehunger ihrer wachsenden Bevölkerungen mit Kohlekraftwerken decken.

So haben zum Beispiel die Türkei, Indonesien und Vietnam vor, ihre Kapazität um zusammen rund 118 Gigawatt (GW) zu erhöhen. 118 Gigawatt stehen für 118 sehr große Kohlekraftwerksblöcke. Zu Einordnung: In Deutschland sind insgesamt Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von rund 45 Gigawatt installiert. Sie erzeugen knapp 40 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms. Auch Ägypten und Pakistan haben seit 2016 - also nach dem Abschluss des Pariser Klimaabkommens Ende 2015 - ihre Ausbaupläne massiv erhöht. China und Indien sind zwar den entgegengesetzten Schritt gegangen und haben ihre Ausbaupläne drastisch reduziert. Zwischen 2010 und Juli 2018 wurden die Pläne für 603 Kohlekraftwerke zurückgenommen. Allein China hat zwischen Januar 2017 und Juli 2018 Pläne in Höhe von 156 Gigawatt gestrichen, Indien in Höhe von 55 Gigawatt. Doch von einem Ausstieg aus der Kohleverstromung sind beide Länder weit entfernt.

In all diesen Ländern gilt Kohle immer noch als eine zuverlässige und billige Energiequelle, zudem sind die Kraftwerke ein wichtiger Arbeitgeber. Kohle ist vielerorts verfügbar, der Abbau eine bewährte Technik. Das Problem dabei: Einmal gebaut, haben die Kraftwerke eine Lebensdauer von 40 Jahren oder mehr. Die Emissionen sind damit für Jahrzehnte festgeschrieben, wenn sie nicht früher vom Netz genommen werden. Klimaforscher sprechen vom "Lock-in-Effekt". Damit meinen sie die unflexible und dauerhafte Ausrichtung der Energieversorgung auf Kohlekraft, die aus den hohen Investitionskosten und den langen Laufzeiten von Kohlekraftwerken resultiert.

Würden alle in Bau befindlichen und geplanten Kohlekraftwerke gebaut und bis zum Ende ihrer Lebensdauer betrieben, würde sich der Handlungsspielraum im Klimaschutz stark verengen. Die Kohlekraftwerke würden einen ganz erheblichen Teil des CO2 - Budgets aufbrauchen, das die Menschheit noch emittieren darf, wenn sie die Erderwärmung unter zwei Grad halten will - das MCC hält das Ziel für "kaum erreichbar".

"Das Kohleproblem erledigt sich trotz aller Fortschritte bei den erneuerbaren <mark>Energien</mark> keinesfalls von selbst", sagt MCC-Direktor Edenhofer. Die damit verbundene Entwicklung ist fatal: Weltweit sinken die klimaschädlichen Emissionen nicht, sondern sie steigen - allen Bekenntnissen zu mehr Klimaschutz zum Trotz.

"Zwar hat China jüngst weniger auf Kohle gesetzt und vielleicht sogar den Höhepunkt seiner CO2 - Emissionen überschritten",

Im Zeitalter der Kohle

meint Edenhofer. Das habe zu Recht starke Beachtung gefunden, "doch der Untergang der Kohle wurde zu früh ausgerufen". Neueste Daten zeigten auch, dass China zunehmend in Kohlekraftwerke im Ausland investiert. Bislang sind erneuerbare Energien trotz der Kostensenkungen in den vergangenen Jahren kapitalintensiver als Kohle. Der Investitionsbedarf macht den endgültigen Durchbruch für die Erneuerbaren so schwierig.

Und außerdem haben zumindest Windräder und Photovoltaikanlagen noch einen eklatanten Nachteil: Die Stromerzeugung ist volatil und nicht sicher prognostizierbar. Für eine verlässliche Stromerzeugung mittels Sonne und Wind sind Back-up-Lösungen - Speicher oder fossile Kraftwerke - unerlässlich. Das lässt die Systemkosten steigen. Aus Sicht vieler Entwicklungs- und Schwellenländer erscheint es daher immer noch sinnvoll, in Kohlekraftwerke zu investieren. Hinzu kommt, dass Kohle weltweit verfügbar und vergleichsweise kostengünstig ist. Gerade Schwellenländer sind reichlich mit Kohlevorkommen gesegnet. China und Indien belegen nach den USA die Plätze zwei und drei der Länder mit den größten Steinkohlereserven.

Um Investitionen in die erneuerbaren Energien zu fördern, fordern Wissenschaftler und Ökonomen seit Monaten die Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe und einen ausreichend hohen CO2 - Preis auf internationaler Ebene.

Die Grundüberlegung dabei: Ein Preis für CO2 über alle Sektoren soll dafür sorgen, den Einsatz fossiler Energien wirtschaftlich unattraktiv zu machen, um so den Einsatz erneuerbarer Energien zu begünstigen. Die Einnahmen aus einem CO2 - Preis könnten wiederum dazu verwendet werden, andere Steuern zu senken, sie für Investitionen in nachhaltige Infrastruktur aufzuwenden oder einkommensschwache Haushalte zu kompensieren. Erst vergangene Woche drängte auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen auf eine Bepreisung von CO2 .

Leider hinkt die Realität vielen berechtigten Forderungen von Klimapolitikern hinterher. Das wird seit Jahren am Problem der verbreiteten Subventionen für fossile Energieträger deutlich. Das Standardwerk der Internationalen Energie-Agentur (IEA), der jährlich erscheinende "World Energy Outlook", widmet dem Thema regelmäßig kritische Worte. Dem aktuellen Report zufolge summierten sich die Subventionen für fossile Energieträger 2017 auf rund 300 Milliarden Dollar. Sie lagen damit um 30 Milliarden Dollar höher als im Jahr zuvor - obwohl die wichtigsten Volkswirtschaften der Welt (G20) schon 2009 die Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe beschlossen hatten. Doch Versuche von Regierungen, solche Subventionen tatsächlich zu kürzen oder gar abzuschaffen, scheitern regelmäßig an Protesten. Die Subventionen betreffen sämtliche fossile Energieträger, wobei allerdings der Anteil, der auf Kohle entfällt, relativ klein ist. Die Subventionen bewirken genau das Gegenteil einer CO2 - Steuer: Sie machen das Verfeuern von Kohle, Gas und Öl ökonomisch besonders interessant.

Allerdings gibt es auch Hoffnungsschimmer. Es wird immer schwieriger, Geld für Kohlekraftwerksprojekte aufzutreiben. Viele institutionelle Anleger wie etwa die Allianz, Axa oder auch HSBC haben bereits beschlossen, ihre Investments in Unternehmen einzuschränken, die besonders viel CO2 ausstoßen. 150 große Asset-Manager, Fonds und Versicherungen sind der Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC) beigetreten. Gemeinsam machen sie sich mit Lobbyarbeit, Studien und Veranstaltungen für den Klimaschutz stark - wollen Politik, Unternehmen und Anleger dafür gewinnen, den Klimawandel stärker in ihren Strategien zu berücksichtigen.

Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass Kohlekraftwerksprojekten von heute auf morgen der Geldhahn zugedreht wird. Das dürfte schon angesichts der schieren Mengen des investierten Geldes schwierig werden. Einer vor knapp einem Jahr veröffentlichten Untersuchung von Klimaschutzorganisationen zufolge sind bei den 120 wichtigsten Unternehmen, die aktuell neue Kohlekraftwerke planen oder bauen, 1 455 institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Vermögensverwalter oder Versicherungen engagiert. Sie halten demnach Aktien oder Anleihen in einem Volumen von 140 Milliarden Dollar. Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Der Untergang der Kohle wurde zu früh ausgerufen.

Ottmar Edenhofer

Klima-Ökonom.

COP24 Kattowitz

COP steht für Conference of the Parties, die jährlich stattfindende

Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen.

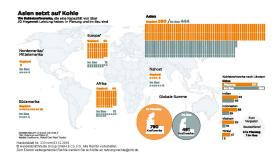
Gastgeber der stets zweiwöchigen Konferenz ist in diesem Jahr Polen,

Veranstaltungsort ist Kattowitz.

Die Ziele Verabschiedet werden soll das Regelwerk des Pariser Klimaabkommens von 2015. Damit ist eine Art Gebrauchsanweisung gemeint, wie die klimaschädlichen Emissionen der einzelnen Länder transparent gemessen, geprüft und verglichen werden können. Nur wenn alle Staaten nach den gleichen Regeln spielen, kommt die Staatengemeinschaft voran.

Deutschlands Rolle Deutschland allein kann den Klimawandel nicht aufhalten, ist aber der weltweit sechstgrößte Emittent von Treibhausgasen. Auch bei den Pro-Kopf-Emissionen liegt Deutschland vorn: mit knapp neun Tonnen pro Jahr auf Platz zwölf - und damit noch vor China und Indien.

Kersting, Silke Stratmann, Klaus



Handelsblatt print: Nr. 233 vom 03.12.2018 Seite 008 Quelle:

Ressort: Wirtschaft & Politik ENE-11 Kohle B Branche:

B3B505BD-B1FF-421F-B220-164AEDCD7CB7 Dokumentnummer:

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB B3B505BD-B1FF-421F-B220-164AEDCD7CB7%7CHBPM B3B505BD-B1FF-421F-B220

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH